



## Jugend will Zukunft

Generation „Ungewiss“: Politik lässt Jugend hängen ▶Seite 2



## Es geht doch!

Familie und Beruf – beides ist möglich ▶Seite 3



## Rente 67 – weg damit!

Wir brauchen kein Rentenkürzungsprogramm ▶Seite 4



## Leiharbeit für alle

Bundesregierung fördert Leiharbeit ▶Seite 6



## Herbstaktivitäten

Der Unmut über die Sparpolitik wächst ▶Seite 8

# ▶ Kurswechsel jetzt!

**Mehr Sicherheit in der Arbeitswelt und mehr Gerechtigkeit in der Gesellschaft! Das will die IG Metall. Ihr Motto lautet „Kurswechsel für ein gutes Leben“. Dafür macht sie sich stark. In Betrieben und auf der Straße. Lautstark und selbstbewusst.**

Deutschland arbeitet sich gerade aus der schlimmsten Wirtschaftskrise seiner Geschichte heraus. Und die Folgeschäden der Krise zeichnen sich jetzt ab – Stichwort Sparpaket. Doch die Neoliberalen in Politik und Wirtschaft predigen schon wieder ihr „Weiter so“.

Die IG Metall hält dagegen. Sie fordert, Lehren aus der Krise zu ziehen. Sie engagiert sich für eine Politik, die den Menschen – nicht Banken und Vermögende – in den Mittelpunkt stellt. Sie hat eine gesellschaftspolitische Debatte angestoßen und will Mitstreiter für eine bessere Politik gewinnen: „Wir brauchen einen grundlegenden Kurswechsel“, sagt der IG Metall-Vorsitzende Berthold Huber. Weniger Egoismus, mehr Solidarität und Gerechtigkeit. Weg vom entfesselten Marktradikalismus – hin zu einer sozialen, marktwirtschaftlichen Demokratie. Die Politik der vergangenen Jahre hat viele Menschen verängstigt. Anstand und Moral sind auf der Strecke geblieben; Werte wie Anerkennung, Respekt und Würde werden missachtet.

Wie wollen wir in Zukunft leben und arbeiten? Die Themen der Debatte liegen auf der Hand:

- ▶ die Zukunft der jungen Generation
- ▶ die Regulierung der Leiharbeit
- ▶ die Abschaffung der Rente 67
- ▶ die Sparpolitik, der Ausbau des Sozialstaats und die Kontrolle der Finanzmärkte

Die jungen Menschen sind die großen Verlierer der Krise. Das will die IG Metall nicht hinnehmen. Dass den Jungen beim Übergang ins Berufsleben unsichere und schlecht bezahlte Jobs angeboten werden, ist inakzeptabel. Auf dieser Basis lässt sich kein Leben planen.

Leiharbeit muss fair gestaltet werden. Niedriglohnsektor und Lohndumping lehnen wir ab, das ist moderne Ausbeutung. Für uns gilt: Gleiche Arbeit – Gleiches Geld. Es darf keine Beschäftigten zweiter Klasse geben.

## Höchste Zeit zu handeln

Statt eines Sparpakets brauchen wir mehr öffentliche Investitionen in Bildung und Infrastruktur. Die Verursacher der Krise müssen zur Kasse gebeten werden. Notwendig sind nicht Kürzungen der Sozialausgaben, sondern mehr Steuereinnahmen durch eine ge-

rechte Besteuerung von Vermögen, hohem Einkommen und Finanzmarktprodukten. Banken und Börsen dürfen nicht länger Pulverfässern mit glimmender Lunte gleichen; die Finanzmärkte müssen wieder berechenbar langweilig werden – und ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen, die Realwirtschaft mit Krediten zu versorgen. Nicht die selbsternannten ökonomischen Eliten dürfen das Sagen haben, sondern demokratisch legitimierte Politiker. Das bedeutet auch: mehr Mitbestimmung in Betrieben und Unternehmen.

Jeder und jede und alle gemeinsam können sich dafür engagieren. In und mit der IG Metall. Die Arbeitssituation junger Beschäftigter kann in jedem Betrieb auf den Prüfstand gestellt werden: Gibt es genügend Ausbildungsplätze? Und klappt's mit der Übernahme? Auch Leiharbeit ist ein betriebliches Thema – ist sie fair geregelt oder wird sie missbraucht? Zündstoff für Diskussionen am Arbeitsplatz, im Freundeskreis, am Stammtisch, in Parteien und Vereinen bietet zudem das Sparpaket, das in Wahrheit ein Spalt-Paket ist: Es vertieft die Kluft zwischen Arm und Reich.

## Sparpaket? Wir haben Alternativen!

Herbst aktiv: IG Metall und DGB werden im September, Oktober und November bundesweit für einen politischen Kurswechsel aktiv. Denn es geht nicht gerecht zu in diesem Land. Höchste Zeit, aktiv zu werden!

Es gibt viele dezentrale Aktionen – im Betrieb und vor Ort, in

der Region, in zahlreichen Großstädten, in Brüssel und Berlin. Hauptsächlich in der Zeit vom 1. bis 13. November (mehr Infos auf Seite 8). Ein Tipp: Erkundigen Sie sich beim Betriebsrat, wo was läuft. Oder rufen Sie bei Ihrer IG Metall an. Wir protestieren nicht nur, wir werben auch für unse-

re Alternativen: Wir brauchen einen starken Sozialstaat, kein Sparpaket, weder Rente mit 67 noch Kopfpause; die Leiharbeit muss fair geregelt werden und die Jugend erwartet eine bessere Zukunft!

▶▶ [igmetall.de/vor-ort](http://igmetall.de/vor-ort)



# Jugend braucht Zukunft



Foto: wegwerk

**Die Politik kümmert sich nur stiefmütterlich um die Zukunft der jungen Menschen. Das gefährdet die Zukunftsfähigkeit der gesamten Gesellschaft.**

Der Aufschwung kommt – und geht an der jungen Generation vorbei: Ihre Arbeitslosigkeit ist 50 Prozent höher als die Arbeitslosigkeit insgesamt. Von den 3,2 Millionen Arbeitslosen im Juli war jeder neunte zwischen 15 und 24 Jahre (11,3 Prozent); die allgemeine Arbeitslosenquote betrug jedoch „nur“ 7,6 Prozent.

„Meine Kinder sollen es einmal besser haben“ – dieser Wunsch, früher ein Standardsatz, drückte die Hoffnung auf eine bessere Zukunft aus. Er wird heutzutage kaum noch geäußert. Falsche Weichenstellungen von Politik

und Wirtschaft haben der jungen Generation vielfach Perspektiven verbaut.

Laut Statistischem Bundesamt ist nicht einmal jeder Zweite zwi-

## Generation „Ungewiss“

schen 15 und 24 Jahren erwerbstätig (Studierende mitgezählt). Dramatisch ist auch: Die Anzahl der Jungen in einem normalen Arbeitsverhältnis ist zwischen 2000 und 2009 abgesackt (-25 %) und in atypischer Beschäftigung wie Leiharbeit explodiert (+42 %).

Viele junge Menschen stolpern mit Praktika, Leiharbeit oder befristeten Arbeitsverträgen in eine Zukunft, die ihnen nicht das bietet, was sie von einem guten Leben erhoffen:

einen sicheren Job, eine Familie, sich

auch mal etwas leisten können – einfach dazugehören in unserer Gesellschaft.

Stattdessen: wenig Aussicht auf berufliche Sicherheit, wenig Aussicht auf ein faires Einkommen, wenig Aussicht auf eine bessere Zukunft.

Die soziale Absicherung arbeitsloser Jugendlicher ist gering. Die wenigsten erhalten Arbeitslosengeld: Nur 40 Prozent waren es nach jüngsten Angaben der Bundesagentur für Arbeit im Mai. Das „Handelsblatt“ spricht von der „Generation Ungewiss“. Deren Normalität bestehe darin, „dass nichts mehr normal ist“.

Die Unsicherheit beim Einstieg ins Berufsleben und die Erfahrung, nicht gebraucht zu werden, belasten die Psyche, warnen Arbeitswissenschaftler. Viele junge Menschen haben Angst um ihre berufliche und private Zukunft.

Nicht nur die Zukunftsperspektiven der jungen Generation, sondern der ganzen Gesellschaft stehen auf dem Spiel. Bildung, Ausbildung, ein sicherer Job – seit Jahren vernachlässigten Politik und Wirtschaft eine ganze Generation. Die IG Metall fordert eine Gesellschaft, die jungen Menschen die Chance bietet, ein selbstbestimmtes, freies Leben zu führen; eine Gesellschaft, in der Werte wie Gerechtigkeit, Freiheit, Solidarität, Würde, Anerkennung und Respekt wichtiger sind als Profit. Die IG Metall steht auf der Seite der jungen Menschen – und ergreift Partei für sie.



Cartoon: Thomas Pfaffmann

**Die IG Metall Online-Ratgeber**

Befristung, Mobbing, Insolvenz...  
Die IG Metall hilft weiter.

▶▶ [igmetall.de/ratgeber](http://igmetall.de/ratgeber)

# Politik lässt junge Generation allein

**Erschreckend: Die meisten jungen Leute steuern auf die Altersarmut zu; sie können fürs Alter kaum etwas zurücklegen. Weil ihnen das Geld fehlt.**

„Die Rente ist sicher.“ Dieser Spruch war einmal wahr. Jahrzehntlang! Dann startete Rot-Grün 2001 den Systemwechsel in der Alterssicherung: Seitdem sinkt das Niveau der gesetzlichen Rente; private Vorsorge tut Not, sie soll die sogenannte Rentenlücke schließen. Die heutige junge Generation muss die Auswirkungen dieser Rentenreform in vollem Umfang schultern.

Aber das ist oftmals kaum möglich. Schon weil das Einkommen vieler junger Leute nur zum Überleben reicht. Wer sich mit Prakti-

ka, Minijobs oder Leiharbeit über Wasser hält, kann nicht fürs Alter vorsorgen. Prekäre Beschäftigung und gebrochene Erwerbsbiographien sind Gift für die Altersvorsorge. Das ignoriert die Politik.

## Vorsorge ermöglichen

Es verwundert kaum, dass 61 Prozent der jungen Leute im Alter von 17 bis 27 Jahren Angst davor haben, im Alter arm zu sein. Obwohl sie tun, was sie können – die Altersvorsorge steht bereits

an dritter Stelle ihrer Spargründe. Doch die Mehrheit der Befragten sagt „Ich habe kein (oder kaum) Geld für eine private Altersvorsorge übrig“.

Das ist das Ergebnis einer Studie, die der Berliner Jugendforscher Klaus Hurrelmann gemeinsam mit Infratest im Auftrag von Metall-Rente, dem Versorgungswerk von IG Metall und Gesamtmetall, durchgeführt hat. Er hat auch herausgefunden, dass die komplizierten Vorsorge-Regeln die meisten jungen Leute überfordern. „Sie sind zur Zukunftssicherung bereit, verstehen aber die komplizierten Regelungen nicht.“

Was tun? Die IG Metall und die Betriebsräte informieren und klären die Auszubildenden über das Thema auf. Das Versorgungswerk Metall-Rente fordert eine Korrektur der Rentenreform: das System müsse „deutlich einfacher werden“.

▶▶ [igmetall.de/vorsorge](http://igmetall.de/vorsorge)



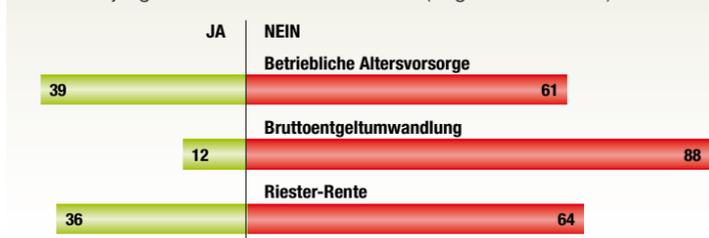
Fotos: IG Metall Baden-Württemberg

**Auf Bällen transportiert die IG Metall Baden-Württemberg die Forderungen der Jugend in die Öffentlichkeit: „Perspektiven!“ Bundesweit hat die Gewerkschaft die Übernahme Ausgebildeter per Metalltarifvertrag sicherer gemacht. Sie hilft mit Tat und Rat.**

▶▶ [igmetall.de/checklisten](http://igmetall.de/checklisten)

## Altersvorsorge – zu kompliziert

Können Sie diese Begriffe erklären?  
Antworten junger Leute von 17 bis 27 Jahren (Angaben in Prozent)



Quelle: Metall-Rente

# Ein neues Wirtschaftssystem



**Die Deutschen – ein einzig Volk von Revolutionären? Wohl kaum. Und dennoch: Neun von zehn Deutschen fordern eine neue Wirtschaftsordnung, in der soziale Gerechtigkeit einen höheren Stellenwert hat! Das hat eine Ennid-Umfrage im Auftrag der Bertelsmann-Stiftung ergeben. Die IG Metall trifft also den Nerv der Zeit, wenn sie einen „Kurswechsel für Deutschland“ fordert.**

„Ich habe den Eindruck, dass Politik und Wirtschaft zu wenig den Dialog mit den Menschen gesucht haben. Zu selten wird gefragt: Was braucht der Mensch“, so eine Vertreterin der Bertelsmann-Stiftung. Die IG Metall fordert seit langem: „Macht Politik für die Mehrheit der Menschen!“

Die Konjunktur ist angesprungen, das deutsche Wirtschaftswachstum lässt hoffen. Die Medien jubeln über Exporterfolge und steigende Konsumlaune. Finanzmarktkrise? Alles vorbei, vergeben und vergessen? Mitnichten. „Die Menschen zweifeln am Kapitalismus“, stellte die Wochenzeitung „Die Zeit“ fest. Die Menschen sind nachdenklicher geworden.

Zu Recht. Im Krisenjahr 2009 ist das Bruttoinlandsprodukt, die Summe aller Produkte und Dienstleistungen, um sechs Prozent abgestürzt – das hat's in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland noch nie gegeben. Diese Krise war und ist nicht irgendeine, sondern eine Systemkri-

se; es stimmt grundsätzlich etwas nicht. Die Politik fährt in die falsche Richtung. Was zählt, sind die Interessen der Unternehmen und die Gier nach schnellem Profit, die Deregulierung der Märkte und die Privatisierung öffentlichen Eigentums.

## „Weiter so“ führt geradewegs in die Sackgasse

Auch wenn die Krise abgebremst oder gestoppt ist: Ihre Ursachen sind noch da. Die alten Ideologien tauchen wieder aus der Versenkung auf. Es soll weitergehen wie vor dem großen Knall.

Das wird nicht gut gehen. Nur logisch ist: Wenn wir eine Systemkrise haben, müssen wir das System ändern. Es genügt nicht, hier und da etwas zu korrigieren. Wir müssen grundsätzlich neu denken; es geht um eine Weichenstellung, um einen „Kurswechsel für ein gutes Leben“.

Die Krise ist nicht vom Himmel gefallen, sondern Menschenwerk. Sie ist das Ergebnis einer Politik, die die Interessen der Menschen missachtet hat. Also kann diese Politik auch geändert werden. „Weiter so“ führt in die Sackgasse, provoziert die nächste Krise. Ein Politikwechsel muss her.

„Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“ So steht's im Grundgesetz. Aber das gilt nicht für die gesamte Gesellschaft, ein wichtiger Teil ist weder demokratisch noch sozial: die Wirtschaft. Wesentliche Entscheidungen werden ohne Mitwirkung der Beschäftigten und ihrer Interessenvertretungen getroffen. Die Kapitalbesitzer bestimmen allein die Marschrichtung. Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt sagte 1969 den berühmten Satz: „Mehr Demokratie wagen!“ Die IG Metall spitzt zu: „Mehr Wirtschaftsdemokratie wagen!“

Das geht! Denn im Grundgesetz steht auch: „Eigentum verpflichtet“ – gemeint ist das Eigentum an Produktionsmitteln (Maschinen und Kapital). „Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Die Gewerkschaften fordern seit ihrer Gründung die Demokratisierung der Wirtschaft. Das setzt Eingriffe in die ökonomischen Machtstrukturen voraus. Die Macht des Kapitals muss begrenzt werden. Das gewerkschaftliche Leitbild ist die Parität von Kapital und Arbeit.

Aber diese Gleichheit kommt nicht von selbst. Im Gegenteil. Wer mehr Mitbestimmung will, muss mit heftigem Widerstand der Unternehmen und ihrer Verbände rechnen. Egal; wir wollen eine Wirtschaftsordnung, die sich stärker an den Bedürfnissen der Menschen orientiert.

Ein Kurswechsel in Wirtschaft und Politik muss erstritten werden. Jetzt gilt es, dafür Mehrheiten zu gewinnen. Auf welcher Seite stehst du?



Familie und Beruf: Bei Daimler in Wörth lässt sich beides vereinbaren

Foto: iStockphoto.com

## Es geht doch!

**Tolle Leistung: Das Lkw-Werk Mercedes-Benz im rheinland-pfälzischen Wörth am Rhein beschäftigt überwiegend Männer, ist aber dennoch Vorreiter in Sachen Vereinbarkeit von Familie und Beruf.**

Schon vor zehn Jahren wurde der Grundstein gelegt: Gesamtbetriebsrat und Unternehmensleitung schrieben sich 2000 auf die Fahne, Familie und Beruf unter einen Hut zu bekommen. Ein halbes Dutzend Betriebsvereinbarungen folgte im Laufe der Zeit – zu Teilzeit, Kleinkinderbetreuung und häuslicher Krankenpflege beispielsweise.

Alles ist möglich: verkürzte Tages-, Wochen- oder Monatsarbeitszeit, Jobsharing und Sabbaticals (Auszeiten). Die Rückkehr in Vollzeit wird ermöglicht. Wer kurzfristig zu Hause gebraucht wird, kann auf ein Arbeitszeitkonto von bis zu 300 Plus-Stunden zurückgreifen. Wer freie Tage braucht, meldet das kurz vorher in der Firma an. Längerfristige Regelungen werden zügig

vereinbart und gelten in der Regel für ein Jahr. Die Elternzeit kann verlängert werden, sprich Väter und Mütter können jeweils bis zu drei Jahre in die Familienzeit gehen – mit Wiedereinstellungszusage auf dem alten Tarif- und Qualifikationsniveau. Auch die gesetzliche Pflegezeit kann aufgestockt werden, per Pflegeurlaub um 12 Monate.

Insgesamt werde das Angebot von den 11 000 Beschäftigten „sehr stark genutzt“, sagt Betriebsrat Jürgen Hess. „Nicht nur von Angestellten, auch in der Produktion.“ Hess ist zuständig für das Projekt „Beruf & Familie“. Er engagiert sich dafür seit Jahren. Seine Bilanz klingt ermutigend: „Nichts ist unmöglich – du musst es nur anpacken.“

► familie.dgb.de

## Arbeit und Leben – das wünsche ich mir

„Arbeit, Arbeit, Arbeit – das ist mir zu wenig. Klar, ich will Geld verdienen. Trotzdem darf die Arbeit nicht alles sein. Ich will arbeiten, um zu leben – nicht umgekehrt. Ich will nachmittags das Werkstor mit einem Lächeln passieren, nicht mit schlechter Laune nach Hause kommen. Mir ist wichtig, Zeit für mich, für Freunde und Familie zu haben. Ich kenne Leute, die morgens um 6 zur Arbeit fahren und abends um 20 Uhr heimkommen, nur noch todmüde ins Bett fallen. Ich habe das Glück, in einer Firma zu arbeiten, in der die IG Metall stark vertreten ist. Da kommen meine Interessen nicht unter die Räder. Das wünsche ich allen.“

**Viktor Klassen, 24, Mechatroniker bei Siemens in Krefeld-Uerdingen**



Viktor Klassen

Foto: Frank Rumpenhorst

## Gutes-Leben-Check

Was ist für dich „Gutes Leben“? Bau's dir doch! Wir stellen den Baukasten bereit. Richte einen leeren Raum mit Gegenständen deiner Wahl ein, geselle Menschen dazu. WG-Leben in der Großstadt oder Einfamilienhaus auf dem Land? Beim Gutes-Leben-Check kannst du die Welt nach deinen Wünschen gestalten. Im Anschluss erfährst du, was wir gemeinsam tun können, damit es mit dem guten Leben klappt.



► igmetall.de/gutes-leben-check

Montage: wegwerk

## Zwischenruf: Die Rentenlüge

1000 Mal gehört, 1000 Mal genickt, in jeder Talkshow mindestens einmal: „Künftig gibt es mehr Rentner und weniger Beitragszahler – also müssen wir alle länger arbeiten.“ Müssen wir wirklich?

Natürlich nicht. Nicht die Alterung der Gesellschaft ist das große Problem, sondern Arbeitslosigkeit und Lohndumping. Denn sie drosseln den Beitragsfluss zur Rentenversicherung. Deshalb brauchen wir mutige Investitionen in neue Arbeitsplätze, kräftige Einkommenssteigerungen. Das spült Geld in die Kasse der Rentenversicherung.

Trotzdem: Viele von der Wirtschaft bezahlte Wissenschaftler beschwören die Gefahren der demografischen Entwicklung und begründen damit die Rente mit 67. Ja, es sind dieselben Wissenschaftler, die den Ausbruch der Finanzkrise nicht vorhergesehen haben, als es schon im Gebäck knackte.

In den Köpfen vieler Menschen hat sich auch festgesetzt, es sei verboten, über das 65. Lebensjahr hinaus zu arbeiten. Ist es natürlich nicht.

Nur: Wer künftig, wenn die Altersgrenze 67 gilt, mit 65 in Rente geht, muss im Regelfall einen Abschlag von 7,2 Prozent hinnehmen. Rente mit 67 ist nichts anderes als Rentenkürzung.

# Rente 67 – weg damit!

**Diese Bundesregierung sollte sich ein anderes Volk suchen: Während CDU/CSU und FDP krampfhaft an der Rente mit 67 festhalten, lehnt die Mehrheit der Bevölkerung sie ab. 93 Prozent der Menschen sind gegen sie. Das hat eine Stern-Umfrage ergeben. Die IG Metall weiß das und sagt es schon lange: Nein zur Rente mit 67.**

Das Rentenalter wird zwischen 2012 und 2029 schrittweise von 65 auf 67 Jahre steigen. Das haben Union und SPD 2006 beschlossen. Sie haben auch beschlossen, alle vier Jahre zu prüfen, ob die Rente mit 67 noch vertretbar ist. Diese Überprüfung steht jetzt an. Unsere Antwort ist klar: Sie ist es nicht. Erst mit 67 in Rente? Die meisten Beschäftigten halten nicht einmal bis 65 durch!

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen sagt, dass 40 Prozent der 60- bis 64-Jährigen arbeiten. Ihre Zahlen sind Nebelkerzen: Darin sind nämlich auch Selbstständige und Freiberufler enthalten. Tatsächlich sind nur 21,5 Prozent der 60- bis 64-Jährigen sozialversicherungspflichtig beschäftigt; das räumte ein



Vizekanzler mit Chefin: Guido Westerwelle und Angela Merkel

Foto: picturealliance

Sprecher des Arbeitsministeriums ein.

Die Beschäftigungsquote der Älteren ist schlicht miserabel. Sie

Wer wie lange arbeitet, hängt vom Beruf ab. Wer körperlich schuften muss, schafft es meist nicht bis 65. Im Unterschied zu

Managern, Ärzten und Richtern.

Und wer als

## Sonst droht Altersarmut

sinkt mit zunehmendem Alter – und beträgt bei den 64-Jährigen gerade mal 10 Prozent. Viele Betriebe sind „altenfreie Zonen“!

Älterer seinen Job verliert und arbeitslos wird, bekommt selten eine neue Chance: Fast ein Drittel aller Arbeitslosen ist über 50.

## Zukunftschancen – das wünsche ich mir

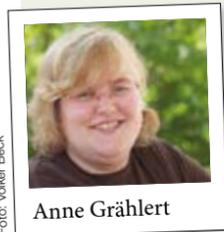


Foto: Volker Beck

Anne Grählert

„Die junge Generation hat eine Perspektive – nur leider allzu oft keine gute: Ausgebildete werden, wenn überhaupt, nur befristet übernommen; und diese Fristverträge werden verlängert, bis es nicht mehr geht, dann lässt der Arbeitgeber sie einfach auslaufen. Arbeiterfahrung, die in jeder Stellenbeschreibung gefordert wird, lässt sich so nicht sammeln.“

Ältere Kollegen werden in Rente geschickt, ihre Stellen mit externen Leuten besetzt. Auszubildende gucken in die Röhre. Ein Kreislauf, der gestoppt gehört! Auch wir Jungen wollen uns Auto und Wohnung anschaffen, eine Familie gründen und etwas Geld fürs Alter beiseite legen.“

**Anne Grählert, 26, Technische Zeichnerin bei Blohm + Voss, Hamburg**

## Mitglieder online

Arbeitsrecht, Tipps für Aktive, mehr Service...  
Exklusiv für Mitglieder.

[igmetall.de/mitglieder](http://igmetall.de/mitglieder)

# Skandal: Mehr Armut

**Es gibt immer mehr Arme in Deutschland: schon 11,8 Millionen. Viele sind trotz Arbeit arm, sie leben von Minilöhnen, die der Staat mit Milliarden subventioniert.**

Als arm gilt, wer über weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens verfügt. Das waren 2009 fast 15 Prozent der Bevölkerung: 11,8 Millionen Menschen. 1998 waren es erst 10 Prozent. So das Statistische Bundesamt.

Junge Erwachsene zwischen 19 und 25 Jahren haben das höchste Armutsrisiko aller Altersgruppen: Fast ein Viertel von ihnen lebt unterhalb der Armutsschwelle, ermittelte das Deutsche In-

stitut für Wirtschaftsforschung (DIW). Das Armutsrisiko steigt

## Armut ist sehr jung

mit der Kinderzahl: bei Familien mit drei Kindern beträgt es 22 Prozent, bei vier und mehr Kindern 36 Prozent. Das höchste Armutsrisiko aller Haushaltstypen haben Alleinerziehende; über 40 Prozent von ihnen sind arm.

Am größten ist die Armut in den Großstädten. In Leipzig beispielsweise sind 27 Prozent der Einwohner arm. Denn in den Metropolen ist die Arbeitslosigkeit meist höher als auf dem Land.

Gut eine Million Menschen verdiente 2008 weniger als 5 Euro pro Stunde. Für einen Stundenlohn von 9,50 Euro – er markiert die Niedriglohnschwelle – arbeiteten über 6,5 Millionen oder 20 Prozent aller Beschäftigten, hat

das Institut für Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni Duisburg-Essen herausgefunden.

Gäbe es den gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, den die

DGB-Gewerkschaften fordern, würden davon 18 Prozent der Niedriglöhner profitieren.

Von Armutslöhnen sind viele unter 25-Jährige, befristet Beschäftigte, Ausländer und Frauen betroffen. 80 Prozent hatten jedoch Berufs- oder Uni-Abschluss.

Um die Minilöhne aufzustocken, gibt der Staat viel Geld aus: seit Ausweitung des Niedriglohnssektors durch Hartz IV im Jahr 2005 schon über 50 000 000 000 Euro (50 Milliarden). Wir Steuerzahler finanzieren die Profite der Unternehmer. Ein Grund mehr, für eine bessere Sozialpolitik auf die Straße zu gehen.

[igmetall.de/gerechte-gesellschaft](http://igmetall.de/gerechte-gesellschaft)

## Reiche wollen mehr beisteuern

**Das Sparpaket finden auch Reiche ungerecht. Sie könnten mehr Steuern zahlen. Einige fordern das sogar.**

SAP-Mitbegründer und Milliardär Dietmar Hopp war einer der ersten Spitzenverdiener, die sich für einen höheren Spitzensteuersatz aussprachen. Dasselbe tat Kurt Lauk, der Präsident des CDU-Wirtschaftsrats. Zu ihnen gesellten sich auch der Hamburger Reeder Peter Krämer und die Rockstars Marius Müller-Westernhagen und Herbert Grönemeyer.

Jahrzehntlang lag der Spitzensteuersatz im Einkommenssteuertarif über 50 Prozent. 1990 sank er von 56 auf 53 Prozent und blieb bis Ende der Kohl-Ära so hoch. Die rot-grüne Koalition senkte ihn auf 42 Prozent. Er greift ab einem Jahreseinkommen von 52 000 Euro. 2007 kam die Reichensteuer hinzu: Ab 250 000 Euro Jahreseinkommen sind 45 Prozent Einkommenssteuer fällig.

### Die Mitte schrumpft

Hohe, mittlere und niedrige Einkommen (in Prozent aller Haushalte)

Jahr	Hohe	Mittlere	Niedrige
2000	15,6	66,5	17,8
2008	18,8	60,9	20,3

Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst – und die Mittelschicht schrumpft: Nur noch gut 60 Prozent der Haushalte zählten 2008 dazu, mit Nettoeinkommen zwischen 841 und 1844 Euro (Singlehaushalt). 2000 waren es mehr als 66 Prozent.

Quelle: DIW



Cartoon: Thomas Pabstmann

480 Milliarden Euro gefällig? Kein Problem! Im Handumdrehen hat die Bundesregierung im Oktober 2008 richtigerweise diesen milliardenschweren Banken-Rettungsschirm aufgespannt. Jetzt wird dem Steuerzahler die Rechnung präsentiert: Ein Sparpaket. 80 Milliarden Euro will Berlin von 2011 bis 2014 einkassieren: Zwei Drittel sollen durch Kürzungen hereinkommen, ein Drittel durch Steuererhöhungen.

Die soziale Schieflage des Sparpakets ist gewaltig: Besserverdienende und Vermögende werden verschont. Das meiste Geld – über 30 Milliarden Euro – will sich die Regierung bei denen holen, die ohnehin nicht viel haben; die Kürzungen der Sozialausgaben sind der dickste Brocken im Sparpaket. Viele Sparideen sind noch unausgegoren; die Sozialkürzungen aber hat Schwarz-Gelb fest verabredet.

**Hier die wichtigsten Einsparungen im Sozialbereich:**

- ▶ Rechtsansprüche für Arbeitslose werden in Leistungen umgewandelt, die nach dem Ermessen der Behörde gewährt werden (16 Mrd. €)
- ▶ der Rentenbeitrag für Hartz IV-Empfänger wird gestrichen (7,2 Mrd. €)
- ▶ der Zuschlag für den Übergang von Arbeitslosengeld I zu Arbeitslosengeld II wird abgeschafft (800 Mio. €)
- ▶ das Elterngeld für Hartz IV-Empfänger entfällt (1,6 Mrd. €)
- ▶ das Elterngeld für ehemals Beschäftigte wird reduziert (800 Mio. €)
- ▶ der Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger wird gestrichen (400 Mio. €)

# Zurück an den Absender: Das Sparpaket

**Annahme verweigert! Die IG Metall lehnt das Sparpaket der Bundesregierung ab. Denn gespart werden soll vor allem bei den Schwächsten der Gesellschaft, den Arbeitslosen und Hartz IV-Empfängern.**



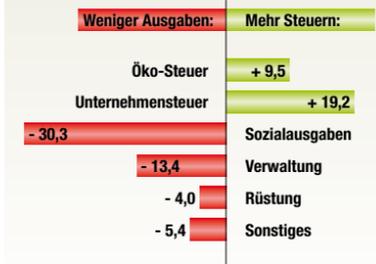
Die Verursacher der Krise – Bankenvorstände, Großinvestoren und Finanzspekulanten – machen munter weiter. Sie werden für den angerichteten Schaden nicht zur Verantwortung gezogen. Sie werden geschont, die Opfer der Krise belastet. Das ist absurd. Verkehrte Welt.

Das Sparpaket ist nicht nur ungerecht, es belastet auch die wirtschaftliche Erholung. Wer bei Arbeitslosen und Familien spart, würgt Konsum und Konjunktur ab.

Das Gegenteil wäre nötig. Doch statt die Konjunktur anzukurbeln, verschenkt die Koalition lieber Geld – zum Beispiel eine

## Der Spar-Wahn

Was die Bundesregierung vorhat: Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen 2011 – 2014 (in Milliarden Euro)



Das Sparpaket umfasst für die Jahre 2011 bis 2014 Maßnahmen von mehr als 80 Milliarden Euro.

Milliarde Euro jährlich an die Hoteliers. So steht's im sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz von Anfang 2010.

Die IG Metall fordert, den Verursachern der Krise auch deren Lasten aufzubürden. Ein hoher zweistelliger Milliardenbetrag käme zusammen, wenn die Steuerhinterziehung bekämpft, eine Vermögens- und eine Finanztransaktionssteuer eingeführt und hohe Einkommen höher besteuert würden.

Die Beschäftigten sind von den Sparmaßnahmen kaum betroffen. Dabei werde es aber nicht bleiben, meinen die Betriebsräte Jörg Kannapin und Ulli Windmüller vom Türschließsysteme-Hersteller Dorma im nordrhein-westfälischen Ennepetal: „Die Sparwut der Regierung frisst sich von den Rändern der Gesellschaft in die Mitte. Wer heute nicht betroffen ist, kann es morgen sein.“

# Finanzmarktkrise: Das Kasino lebt

**Nichts dazugelernt: Vor über zwei Jahren ist die Finanzmarktkrise ausgebrochen – und seit mehr als zwei Jahren diskutiert die Politik, was sie dagegen tun soll.**

Große Worte: Auf den Finanzplätzen dieser Welt dürfe nichts und niemand mehr unkontrolliert und ohne Regeln sein; weder Banker noch Banken, weder Finanzprodukte noch -märkte. So hieß es noch im April 2009, beim Londoner Gipfeltreffen der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G-20-Staaten).

Alles Schnee von gestern: Versprechen wurden gebrochen, Erwartungen enttäuscht. Bundespräsident Christian Wulff warnte jetzt vor einer Wiederholung der Krise; deshalb sollten ihre Verursacher bestraft und den Finanzmärkten „endlich gute Regeln“ gegeben werden. Es ist tatsächlich allerhöchste Zeit.

## Viel versprochen, wenig gehalten

Auf dem G-20-Gipfel von Toronto im Juni dieses Jahres wurde die weltweit diskutierte Bankenabgabe nur noch zur Kenntnis genommen. Sie soll aber in der Europäischen Union (EU) eingeführt werden; die Briten haben das bereits getan, Berlin will nachziehen. In Deutschland sollen die Banken ab 2011 jährlich 1,2 Milliarden Euro in einen Fonds einzahlen. Damit Pleite-Banken aufgefangen und abgewickelt werden können. Ein hehres Ziel



Börse: Das Zocken geht weiter

– nur reicht das Geld dafür nicht. 120 Milliarden Euro wären nötig.

Für die Finanztransaktionssteuer, die den kurzfristigen, spekulativen Handel mit Aktien, Anleihen und Wertpapieren verteuern und Spekulationen eindämmen soll, hat sich Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Toronto stark gemacht: ohne Erfolg. Auch in der EU stehen die Chancen schlecht. Großbritannien ist dagegen, und Steuergesetze müssen einstimmig beschlossen werden.

Die Idee der G-20, das Eigenkapital der Banken zu erhöhen, um sie gegen Kreditausfälle zu wappnen, liegt auf Eis. Ihr Vorhaben, die Bankenaufsicht zu verschärfen, wurde verschoben; die EU will zumindest Aufsichtsbehörden schaffen (Deutschland jedoch bremst).

Vom Vorhaben, die Hedge- und Private-Equity-Fonds („Heuschrecken“) zu kontrollieren, haben sich die G-20 verabschiedet; in der EU müssen sich diese Fonds – immerhin – die Risiken ihrer Anlagestrategien offenlegen. Ob die Spekulation mit Derivaten und Kreditausfallversicherungen, die wesentlich zum Ausbruch der Krise beigetragen hat, wenigstens kontrolliert wird, steht in den Sternen. Sogenannte Leerverkäufe, das heißt hoch riskante Börsenwetten, sind zwar in Deutschland verboten; ein EU-weites Verbot ist aber nicht absehbar.

Die Bankenlobby darf sich freuen, sie hat sich durchgesetzt. Politik und Gesellschaft haben das Nachsehen. Das wahnwitzige Treiben der Finanzjongleure geht weiter, die nächste Krise ist programmiert. Die Gewerkschaften stemmen sich dagegen: Die IG Metall und der DGB haben sich der Kampagne „Regulate Global Finance Now!“ angeschlossen: „Europäer für eine Reform des Finanzmarkts!“. Ihr Appell: Sei dabei, melde dich an:

▶▶ [europeansforfinancialreform.org](http://europeansforfinancialreform.org)

## Gesundheitspolitik: Solidarität ade

CDU/CSU und FDP bitten zur Kasse: Der Krankenkassenbeitrag steigt 2011 auf 15,5 Prozent des Einkommens; der Arbeitgeberanteil soll auf 7,3 Prozent dauerhaft eingefroren werden. Die Beschäftigten müssen mit Mehrbelastungen von bis zu 1038 Euro im Jahr rechnen. Weitere Kostensteigerungen sollen Arbeitnehmer und Rentner über Zusatzbeiträge schultern, die pauschal erhoben werden – unabhängig vom Einkommen.

Fazit: Für die Beschäftigten wird das Gesundheitssystem teurer, aber nicht besser. Die Arbeitgeber zahlen ihren festgesetzten Beitrag, wir kommen für den Rest und alle zukünftigen Preiserhöhungen auf.



# Schwarz-Gelb fördert Leiharbeit

Eine Frechheit: Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) reguliert die Leiharbeit ein klitzekleinbisschen – und fördert sie gleichzeitig massiv.

Angeblich soll der Gesetzentwurf, den die Arbeitsministerin Anfang September vorgelegt hat, den Missbrauch von Leiharbeit stoppen: Der Schlecker-Skandal soll sich nicht wiederholen (die Drogeriekette hatte Stammbeschäftigte gefeuert und als Leiharbeiter wieder angeheuert).

## Missbrauch der Leiharbeit wird legalisiert

Tatsächlich ist dieser Drehtüreffekt auch künftig möglich; ja, dieser Missbrauch der Leiharbeit wird geradezu legalisiert! Der einzige Unterscheid: Wer heute als Stammbeschäftigter entlassen und morgen als Leiharbeiter wieder eingestellt wird, soll künftig gleich bezahlt werden.

Damit ist der Gesetzentwurf nichts anderes als eine Aufforderung zur Ausweitung der Leiharbeit. Ein „Kniefall vor der Leiharbeitslobby“, sagt Detlef Wetzl,



Sie verzückt die Arbeitgeber: Arbeitsministerin Ursula von der Leyen und Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt

Foto: picture-alliance, Montage: Stephen Peirat

Zweiter Vorsitzender der IG Metall“. Er befürchtet, dass der Weg bereitet wird, „mindestens eine Million Stamarbeitsplätze in Leiharbeit umzuwandeln“. Dabei ist die Zahl der Leiharbeiter bereits im Juli 2010 auf eine neue Rekordhöhe gestiegen: 826 000. Eigentlich wäre das

schon schlimm genug. Doch es kommt noch dicker: Der Entwurf eines neuen Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) enthält

- ▶ keine Verpflichtung zur gleichen Bezahlung
- ▶ keinen Mindestlohn
- ▶ keine zeitliche Begrenzung der Leiharbeiter-Überlassung

▶ kein Verbot der Synchronisation (Gleichzeitigkeit) von Arbeitsverhältnis und Ausleihe des Leiharbeitnehmers

Das deutsche Leiharbeitsgesetz verstößt damit weiterhin gegen europäisches Recht. Die EU-Richtlinie zur Leiharbeit verlangt zum Beispiel gleiches Geld für gleiche Arbeit (Equal Pay).

Das lässt Schlimmes ahnen, wenn ab Mai 2011 in Europa die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gilt – dann wächst der Druck auf die Löhne der Leiharbeiter, ihr Einkommen dürfte noch weiter sinken. Werden dann Stundenlöhne von unter 5 Euro gang und gäbe?

Bemerkenswert, mit welcher Arroganz Union und FDP den Wählerwillen missachten – und Politik gegen die Mehrheit der Menschen machen. Denn der allergrößte Teil der Bevölkerung lehnt Leiharbeit klar ab, das hat eine Umfrage von Infratest im Mai 2010 ergeben. Weil sie reguläre Arbeitsplätze verdrängt und zu Lohndumping führt.

## Leiharbeit – für jedermann?

Die Metallindustrie droht mit Produktionsverlagerung, falls Leiharbeiter gleich bezahlt werden.

„Überschreitet die Zeitarbeit einen bestimmten Kostenrahmen, müssen die Unternehmen auf Aufträge verzichten. Produktion und Beschäftigung finden dann woanders statt.“ Das sagte Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegiesser am 3. Juni in Berlin. Damit gab er zu, dass die Metallbranche Leiharbeiter einsetzt, um dauerhaft Kosten zu sparen. Bisher hieß es, Leiharbeit diene nur der Bewältigung von Auftragsspitzen. Neu ist auch die Drohung mit Jobverlagerung.

Fazit: Die Metall-Arbeitgeber wollen die Leiharbeit ausweiten und zur bevorzugten Beschäftigungsform machen.



Martin Kannegiesser

Foto: dpa, Fotolia, Montage: Stephen Peirat

# Hand in Hand – so geht's

Solidarität ist, wenn Leiharbeiter und Stammbeschäftigte gemeinsam demonstrieren. So geschehen bei Airbus in Hamburg.

Es reicht, genug ist genug! Obwohl die Produktion beim Flugzeugbauer Airbus brummt, setzt der Konzern weiter massiv auf Leiharbeit. Dagegen protestierten am 18. August in Hamburg 800 Menschen – Leiharbeiter und Stammbeschäftigte von Airbus und Zulieferfirmen. Während der Demo traten Leiharbeiter

In einem sehr wichtigen Punkt haben IG Metall und Betriebsräte – dank ihrer Stärke – bereits viel erreicht: bei Airbus gilt der Grundsatz „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“.

Bundesweit hat die IG Metall mehr als 500 sogenannte Besservereinbarungen für Leiharbeiter durchgesetzt. Kürzlich beispielsweise in der Firma Constantia Hueck Folien im ostbayerischen Pirk bei Amberg. Dort dürfen Leiharbeiter nur zur Abdeckung von Auftragsspitzen eingesetzt werden; sie erhalten den gleichen Lohn wie ihre fest-

angestellten Kollegen – und nach 20 Wochen sogar „ein individuelles Arbeitsplatzangebot“. Auch im hohen Norden, bei der Firma GPE Metal Components in Lübeck, hat die IG Metall Fortschritte erzielt: Leiharbeiter, die dort länger als drei Monate im Einsatz sind, erhalten ab dem vierten Monat gleiches Geld – inklusive aller Zulagen und Zuschläge, Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

Die IG Metall will Leiharbeit fair gestalten. Das geht auch per Betriebsvereinbarung. Zur Unterstützung der Betriebsräte gibt es den „Basis-Check Leiharbeit“:

▶▶ [extranet.igmetall.de](http://extranet.igmetall.de)  
(Klick auf Praxis/Kampagnen/Leiharbeit)

## 500 Besservereinbarungen

mer spontan der IG Metall bei. Ihr gemeinsames Ziel: Die Leiharbeit begrenzen!

Deutschlandweit beschäftigt Airbus 21 000 Menschen. Darunter sind 4800 Leihkräfte. Zwar will das Unternehmen 700 von ihnen in die Stammbesellschaft übernehmen, aber das sind zu wenige, sagt Gesamtbetriebsratschef Johann Dahnken. Zum Teil seien die Leihkräfte schon seit sieben oder acht Jahren bei Airbus, sie benötigten endlich eine sichere Perspektive. Detlef Wetzl, der Zweite Vorsitzende der IG Metall, unterstützte die Demo vor Ort: „Leiharbeiter haben genauso ein Recht auf ein gutes Leben wie jeder andere auch“, sagte er.



Airbus-Demo: Stamm- und Leihkräfte gehen gemeinsam auf die Straße

Foto: Ralph Klentz

## E-Card verschicken

Sind Sie auch der Meinung, dass Leiharbeit fair gestaltet werden muss? Dann fordern Sie doch Ihren Bundes- und Landtagsabgeordneten dazu auf, für ein besseres Gesetz zu sorgen – per E-Card:



▶▶ [www.gleicharbeit-gleichesgeld.de/e-card](http://www.gleicharbeit-gleichesgeld.de/e-card)

## Das Märchen vom Klebeffekt

Leiharbeit sei ein Sprungbrett in reguläre Arbeit; wer als Leiharbeiter im Entleihbetrieb Fuß fassen, bleibe dort hängen – das behaupten die Befürworter der Leiharbeit. Die Rede ist vom „Klebeffekt“. Das ist grober Unfug. Leiharbeit ist keine Brücke auf den Arbeitsmarkt, sondern bestenfalls ein schmaler Steg. Nur sieben Prozent aller zuvor arbeitslosen Leiharbeitskräfte waren nach der Leiharbeit regulär beschäftigt. Das hat das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) festgestellt. Das Fazit der Experten: Die Leiharbeit sei bloß „die bessere Alternative zur Arbeitslosigkeit“. Es gilt eher: einmal Leiharbeit – immer Leiharbeit.



Foto: Alcaja Gola

Riesig: Die Info-Tour der IG Metall zur Leiharbeit ist in der gesamten Republik unterwegs.

▶▶ [gleicharbeit-gleichesgeld.de/tour](http://gleicharbeit-gleichesgeld.de/tour)



# Wer hätte das gedacht...

**84 Prozent der FDP-Anhänger sind der Meinung, Leiharbeit sei „eine moderne Form der Ausbeutung“. So das Ergebnis einer Infratest-Umfrage im Auftrag der IG Metall.**

So manch ein Liberaler zieht daraus sogar Konsequenzen – und unterstützt die IG Metall-Initiative „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“. Beispielsweise haben das drei FDP-Politiker aus dem Siegerland getan – die Fraktionsvorsitzenden aus Siegen, Kreuztal und Bad Laasphe. Hut ab!

Sie sind in prominenter Gesellschaft. Zu den Unterstützern der Initiative zählen bereits Hans-Jochen Vogel, Hubertus Heil und Klaus Brandner von der SPD, Heiner Geißler von der CDU, Bärbel Höhn von den Grü-

nen und Dieter Dehm von der Linken; der Wirtschaftsweiser Peter Bofinger ist dabei, der Theologe Friedhelm Hengsbach und Charlotte Knobloch, die Präsidentin des Zentralrats der Juden. Unterschrieben haben auch zahlreiche Betriebsräte wie Klaus Franz von Opel, Thomas Schlenz von Thyssen-Krupp und Manfred Schoch von BMW, der Schriftsteller Günter Wallraff und der Fußballreporter Manni Breuckmann.

Wer sich online per E-Mail in die Unterstützerliste einträgt, kann auch ein Foto

von sich hochladen. Möglich ist auch die Stimmabgabe per SMS: Sende LEIHARBEIT (plus Vor- und Nachnamen sowie Postleitzahl/Wohnort) an 72626.

**Hotline für Leiharbeitnehmer:**  
**01802-22 22 06**  
 Die Hotline ist erreichbar: Montag, Dienstag und Donnerstag 10 – 16 Uhr | Mittwoch 10 – 18 Uhr | Freitag 9 – 12 Uhr | für 6 Cent/Anruf aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk: anbieterabhängig

13 071 Menschen unterstützen schon die IG Metall-Initiative (Stand 7.9.2010):  
 ► [gleicharbeit-gleichesgeld.de](http://gleicharbeit-gleichesgeld.de)

Foto: Frank Rumpenhorst

## Mein Traum: Festanstellung

**Ihr Fall ist kein Einzelfall. Wie ihr ergeht es Vielen: Silke Tietjens, 21, startete nach der Ausbildung als Leiharbeitnehmerin ins Berufsleben.**

Die Hamburgerin hat Verfahrensmechanikerin gelernt. Ihr Arbeitgeber, der Bushersteller Evobus, hat sie Ende 2008, nach bestandener Abschlussprüfung, nicht übernommen.

### „Niemals“ Leiharbeit

Sie schrieb 85 Bewerbungen, erhielt aber nur von einer Leiharbeitsfirma ein Angebot. Und das nahm sie an, obwohl sie sich vorher gesagt hatte, „niemals“.



Silke Tietjens

Foto: Bodo Marks

Denn diese Firma, Atrias Personalmanagement, zahlte immerhin 9,36 Euro die Stunde. Laut Metalltarifvertrag hätte Silke Tietjens umgerechnet mindestens 16,99 Euro verdient, aber die 9,36 Euro waren viel mehr, als alle anderen Zeitarbeitsfirmen zahlen wollten, zu denen sie vom Arbeitsamt geschickt worden war. Und Silke Tietjens sagte sich: „Entweder mache ich's oder ich kriege Hartz IV.“

Also machte sie. Jedoch nicht lange. Nur von Juli 2009 bis März 2010. Dann feuerte Atrias sie – „aus heiterem Himmel“, ohne Begründung. Silke Tietjens wechselte zum nächsten Verleiher, zu Franke + Pahl. Und dort fühlt sie sich wohl: „Man ist freundlich, der Umgangston stimmt.“ Die Firma hat einen Betriebsrat, zahlt 11,05 Euro die Stunde und eine Zulage. Trotzdem: Silke träumt den Traum jedes Leiharbeitnehmers: „Ich möchte fest angestellt werden, einen sicheren Job haben.“

## Revolution von oben

**Schrecklich: Beim Stichwort soziale Marktwirtschaft fiel vielen Menschen „Ausbeutung“ ein. Das war vor zehn Jahren. Also nahm der Arbeitgeberverband Gesamtmetall viel Geld in die Hand – allein 50 Millionen Euro für die ersten fünf Jahre – und startete die Propagandamaschine „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ (INSM).**



Lässt gerne Lobbyisten zu Wort kommen: ARD-Polit-Talkerin Anne Will

Foto: picture-alliance

Weil die Menschen nicht wissen, was für sie gut ist, müssen sie ein bisschen umerzogen werden. „Aufklären“ nennt das Gesamtmetall-Präsident Martin Kannegieser. Mit Plakaten, Anzeigen und TV-Spots werden die Menschen übersättigt – bis sie die Wünsche der Wirtschaft für ihre eigenen halten.

Die INSM segelt gern unter falscher Flagge: Ihre „Botschafter“ sind vermeintlich neutrale Experten, Wissenschaftler, Politiker und Journalisten. Meist alte Männer: Ex-Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, der Unternehmensberater Roland Berger, Geschichtspräsident Arnulf Baring, der

### Alles nur Sprechblasen

Präsident des Ifo-Instituts Hans-Werner Sinn. Sie kamen erstaunlich häufig in den Polit-Talk-Shows „Sabine Christiansen“ und „Anne Will“ zu Wort.

Aber auch andere Organisationen und Prominente sorgten und sorgen für das rechte Meinungsklima in Deutschland: Sie heißen Bürgerkonvent oder Konvent für Deutschland, Klarheit in die Politik oder Deutschland packt's an. Die passenden Sprechblasen liefern Persönlichkeiten wie der Fußballtrainer Lothar Matthäus, die Politiker Friedrich Merz und Lothar Späth (beide CDU), Silvana Koch-Mehrin (FDP) oder Ex-Sozi Wolfgang Clement und der Ex-Grüne Oswald Metzger. Auch mit dabei:

„Autopapst“ Ferdinand Dudenhöffer, der Ex-BDI-Chef Hans-Olaf Henkel, der Ex-Weise Bert Rürup, die Rentenfachmänner Bernd Raffelhüschen und Meinhard Miegel sowie Ex-Bundespräsident Roman Herzog. Diese neoliberalen Systemveränderer sind eine illustre Gesellschaft.

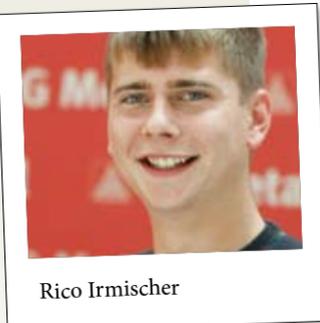
Sie trommeln für ein anderes Deutschland und blasen ins selbe Horn: Sie predigen „mehr Markt, weniger Staat“. Oder singen das Lied: „Reformen sind gut, Sozialabbau ist besser!“ Ihre Thesen lauten: „Sozial ist, was Arbeit schafft“ und „Vorfahrt für Arbeit“. Gewerkschaften sind für sie wahlweise Betonköpfe, Bremsen oder Blockierer. Sie dürfen auch schon mal „Dinosaurier“ genannt werden. Soziale Gerechtigkeit hat „für eine Gesellschaft freier Menschen überhaupt keinen Sinn“, schreibt der Papst der Neoliberalen, der Ökonom Friedrich August von Hayek (1899 – 1992).

Beim Wort Sozialstaat fällt den Klassenkämpfern von oben ein: Bevormundung, Gängelung und Bürokratie – pfui Teufel. Eines ihrer Lieblingswörter lautet „Freiheit“. Gemeint ist aber nicht die Freiheit der Menschen, sich zu entfalten, sondern die Freiheit des Unternehmers zur Gewinnmaximierung. Um das zu kaschieren, werden auch andere Worthülsen in die Diskussion geworfen: „Chancen für alle“ beispielsweise oder „Wohlstand für alle“. Wer mag das schon nein sagen?

► [lobbycontrol.de](http://lobbycontrol.de)

## Ich wünsche mir Arbeit: sicher und fair

„Bei uns boomt die Zeitarbeit. Die Firmen suchen händeringend Leiharbeiter; die werden gern genommen, angelehrt – und unter Druck gesetzt. Nicht von ihren Kollegen, sondern ihren Arbeitgebern. Unter Druck gesetzt, weil sie wissen: Egal, wie gut ich arbeite – ein grober Fehler und weg bin ich. Gekündigt? Nein, abbestellt! Unter Druck gesetzt, weil sie wissen: Eine Woche krank sein bedeutet ein Viertel weniger Monatslohn. Sie arbeiten für fünf bis acht Euro die Stunde; und neben ihnen steht der festangestellte Kollege, der das Doppelte verdient, obwohl er das Gleiche schafft. Das ist moderne Sklaverei, das ist Ausbeutung, das gehört abgeschafft!“



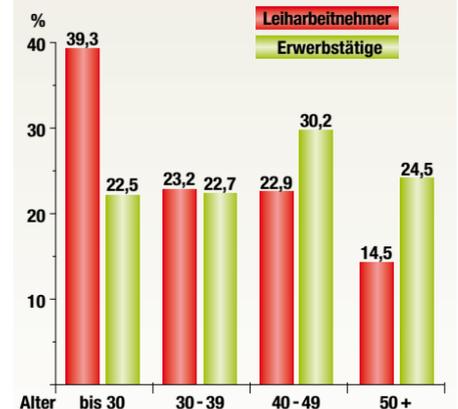
Rico Irmischer

Foto: Frank Rumpenhorst

**Rico Irmischer, 20, Mikrotechnologie bei Infineon Technologies, Regensburg**

## Leiharbeit ist jung

Altersstruktur von Erwerbstätigen und Leiharbeitnehmern (in Prozent)



Quelle: WSI-Mitteilungen 7/2010

In der Leiharbeit sind überdurchschnittlich viele junge Beschäftigte tätig. Während gut 20 Prozent aller Erwerbstätigen unter 30 sind, sind in der Leiharbeit fast 40 Prozent aller Arbeitnehmer jünger als 30.

# Herbstaktivitäten



„JUNGE INTERESSEN GESTALTEN“: 250 junge Betriebsräte aus Nordrhein-Westfalen klärten am 1./2. September in Willingen die Ziele ihrer Arbeit

Fotos: Jan Michaliko

## Im Betrieb und auf der Straße machen Beschäftigte und Gewerkschaften ihren Unmut über die Politik der Bundesregierung deutlich.

Vierorts sind die Protestaktionen schon im September angefallen; zum Beispiel in Bonn, wo die IG Metall mit Schriftsteller Günter Wallraff und Ex-Arbeitsminister Norbert Blüm sowie Betriebsräten über Maßnahmen zur Eindämmung von Leiharbeit diskutierte. Andernorts finden noch Aktionen bis weit in den November hinein statt.

Ziel aller Veranstaltungen ist es, den Unmut über die falsche Politik von Union und FDP klar zum Ausdruck zu bringen.

So hat der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) für den 29. September zur Demo in Brüssel aufgerufen. Sein Motto: „Nein zu Sparmaßnahmen – Vorrang für Wachstum und Beschäftigung“. Denn wegen der Sparpolitik drohen Europa „eine Rezession und ein Anstieg der Arbeitslosigkeit“.

Der DGB lädt für den 7. Oktober zu seinem zweiten Kapitalismus-Kongress nach Berlin ein. Dieser Tag ist auch der „Aktionsstag prekäre Beschäftigung“ – bundesweit klären die Gewerkschaften über Leiharbeit auf. Die IG Metall veranstaltet am 27. Oktober in Berlin eine alternative Anhörung zur Rente mit 67.

Es dominieren dezentrale Aktionen: Betriebs- und Personalrätekonferenzen, lokale Protestveranstaltungen gemeinsam mit Parteien, Kirchen und Sozial-

## Sparpaket wird zurückgeschickt

verbänden; so organisiert die IG Metall Augsburg gemeinsam mit dem DBG und der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) eine „Sozialpredigt“. Es finden aber auch Großkundgebungen der IG Metall-Bezirke statt: am 26. Oktober in Hannover sowie am 13. November in Nürnberg,

Stuttgart und Dortmund (dort mit dem DGB). Erwartet werden zehntausende Protestierer.

Von Flensburg bis Friedrichshafen am Bodensee, von Aachen bis Görlitz – bundesweit sammelt die IG Metall in Betrieben und auf öffentlichen Veranstaltungen Unterschriften gegen das Sparpaket: „Annahme verweigert!“ Die Protestpostkarten, adressiert an die Bundeskanzlerin, gehen dann auf die Reise nach Berlin und werden dort überreicht.

Der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt: In Greifswald und Neubrandenburg veranstaltet die IG Metall eine „Kofferaktion – Jugend verlässt die Region“.



Cartoon: Thomas Pfaffmann



Infopaket bestellen  
 Apfel gewinnen

**Mehr erfahren und gleichzeitig gewinnen:**  
 IG Metall Infopaket mit Postkarte bestellen und automatisch an unserer Apfel-Verlosung teilnehmen (Postkarten-Flyer liegt dieser „kompakt“ bei. Eine Karte ist an die IG Metall adressiert. Ausfüllen und abschieken.)  
 Unter den ersten **3333** Einsendern\* verlosen wir:  
**3 iPad (Wi-Fi + 3G mit 64 GB) \*\***  
**3 iPhone 4 (mit 16 GB) \*\***  
**3 iPod touch (mit 32 GB)**

Einsendeschluss  
 13.11.2010

\*Es werden nur die per Post zugestellten Postkarten gezählt. Eine Online-Teilnahme an der Aktion ist nicht möglich. Der Rechtsweg sowie die Teilnahme von Mitarbeitern der IG Metall sind ausgeschlossen. | \*\* ohne Vertragsbindung

Foto: wegwerk

## Kurswechsel braucht Unterstützer

Ein Kurswechsel in Politik und Wirtschaft findet nicht von alleine statt. Er braucht viele Unterstützerinnen und Unterstützer; Menschen, die sich für ihn ins Zeug legen, das Ruder herumreißen. 2009 fand der Auftakt statt: Die IG Metall startete eine große Umfrage, erkundigte sich nach den Erwartungen der Menschen. Eine halbe Million hat geantwortet: „Macht Politik für die Mehrheit der Menschen.“

Diese Aufforderung ist aktueller denn je: Denn die Interessen der Mehrheit – der Arbeitslosen, der Beschäftigten und der Rentner – finden kaum Gehör. Stichwort Sparpaket und Finanzmarktkrise, Leiharbeit, Generation „Ungewiss“ und Rente mit 67. Dabei kann es nicht bleiben, wir

wollen das ändern. 2,3 Millionen Mitglieder zählt die IG Metall – eine stattliche Zahl. Wir sind eine starke Gemeinschaft. Unsere Stimme hat Gewicht. In der Wirtschaft und in der Politik. Seien Sie doch dabei, werden Sie Mitglied.

Das hat auch für Sie Vorteile: Unsere Betriebsräte und Vertrauensleute sind jederzeit ansprechbar, kümmern sich, wenn es Probleme am Arbeitsplatz gibt oder mit dem Chef. Die IG Metall bietet Rechtsschutz in allen arbeits-, sozial- und steuerrechtlichen Streitfällen. Und: Einen Rechtsanspruch auf tarifliche Leistungen wie mehr Lohn und Gehalt haben nur die Mitglieder der IG Metall.

► [igmetall.de/beitreten](http://igmetall.de/beitreten)

## Warum engagierst Du Dich in der IG Metall?



„Weil ich als Betriebsrätin für die Belegschaft einen starken Partner brauche.“  
 Sarah Wied, 27, SMS Siemens in Dahlbruch



„Weil wir nur gemeinsam stark sind.“  
 Katja Meyer, 32, Lewa Attendorn

## „Weil gute Tarifverträge nicht vom Himmel fallen.“

Michael Röcher, 28, Gebr. Rath Werkzeugbau in Kreuztal



## Mutmacher

### Er war entsetzt – und hat ein Buch geschrieben: Berthold Huber.

Entsetzt war der IG Metall-Vorsitzende darüber, dass die Öffentlichkeit einfach so hinnimmt, dass die Marktradikalen und Neoliberalen in Politik und Wirtschaft einfach so weitermachen. Obwohl Deutschland gerade dabei ist, die schlimmste Krise seiner Geschichte zu bewältigen. Da bedeutet „weiter so“: die nächste Krise wird programmiert. Und das will Berthold Huber nicht hinnehmen.



Er ist „fest davon überzeugt, dass Deutschland eine andere Wirtschaftsordnung braucht“, dass ein Kurswechsel notwendig ist „hin zu einer sozialen, marktwirtschaftlichen Demokratie“. Dass eine Wertedebatte über Anstand und Moral geführt werden muss. Huber weiß, dass viele IG Metall-

Mitglieder sich tagtäglich für eine bessere Gesellschaft engagieren, zum Beispiel als Betriebsräte. Aber deren Möglichkeiten seien begrenzt: „Die IG Metall fordert mehr Mitsprache, Mitbestimmung und Beteiligung.“

Am Buch haben namhafte Autoren mitgearbeitet: Gesine Schwan, die ehemalige Präsidentin der Europa-Universität in Frankfurt/Oder, der SPD-Vordenker Erhard Eppler, der frühere EU-Kommission Günter Verheugen und ein halbes Dutzend Soziologen.

Huber will Mut machen, sein Buch Denkanstöße geben, anregen. Die Debatte hat begonnen. Und sie geht weiter. Beispielsweise im Internet.

► [igmetall.de/kurswechsel](http://igmetall.de/kurswechsel)

„Kurswechsel für Deutschland – Die Lehren aus der Krise“ von Berthold Huber (Hrsg.)  
 Campus-Verlag, Frankfurt am Main  
 255 Seiten, 24,90 Euro

